

Magnifizienz, Exzellenz, hochverehrtes Kuratorium, lieber Karl Schlögel, sehr geehrte Damen und Herren,

Die neue Zeitrechnung bei Dankesreden beginnt im Oktober 2004 mit Peter Esterhazy. Keine Sorge, nicht jeder kann es sich leisten, das Auditorium mit losen Wortassoziationen zu überschütten. Erwarten Sie aber bitte nicht einen professoral abgewägenden, wohl temperierten Gleichklang, der es allen recht zu machen versucht.

Mir ist nämlich seit längerer Zeit nicht wohl, wenn ich es mit deutsch-polnischen Beziehungen zu tun habe, und ich frage mich immer wieder: Was ist passiert?

Es gibt eine stattliche Anzahl von Polen und Deutschen, die sich schon lange vom Mythos des naturgegebenen und damit unvermeidbaren deutsch-polnischen Konfliktes befreit haben und zumindest glaubten in den letzten Jahrzehnten zur vermeintlichen Normalität dieser Beziehungen beigetragen zu haben. Die Situation dieser Personen, zu denen ich mich auch zähle, erinnert an einen realsozialistischen Witz über Lenin. Auch das göttliche Wesen der Revolution hat ja Recht auf Wiederauferstehung, vom dem mein Namensvetter irgendwann Gebrauch machte. Neugierig, machte er sich sofort auf eine Reise durch die Sowjetunion. Nach der Rückkehr sperrte er das Zimmer zu; am nächsten Tag war er wieder verschwunden. Die Nachricht, die seine besorgten Nachfolger auf dem Schreibtisch fanden, lautete: „Alles umsonst; dumm gelaufen. Wir müssen wieder von vorne anfangen“.

Viel mehr braucht man nicht, um den heutigen Stand unserer Beziehungen zu beschreiben. Es ist, als ob der Zweite Weltkrieg gerade vorgestern zu Ende gegangen wäre; als ob der Kalte Krieg nicht Erinnerung, sondern Gegenwart sei. Man schießt nicht mehr aufeinander, traut aber dem anderen nicht, stellt vermeintlich offene Wunden zur Schau – oder übersieht den Nachbarn einfach (wie unbequem das auch bei der Kürze der Distanz sein mag). Die Frage lautet daher: Warum und woran ist die angestrebte Normalität der deutsch-polnischen Nachbarschaft erst einmal gescheitert?

Ich glaube, erstens und vor allem, an einem Optimismus, der sich aus einer vernunftbetonten Deutung der Geschichte speiste. Wenige Bücher sind so schnell zu Klassikern geworden wie Stanislaw Stommas 1979 veröffentlichte Thesen über das Ende des „Fatalismus der Feindschaft“. Stommas Gedankengang, kurz vor der „Solidarnosc“ veröffentlicht, hinterfragte die Gründe für 200 Jahre preußisch-polnischer Feindschaft und kam zu dem einleuchtenden Schluss, dass mit dem Niedergang Preußens, der Westverschiebung Polens und der Anerkennung der polnischen Westgrenze diese Gründe aufgehört haben zu existieren; Polen und Deutschland seien eben nicht mehr zur Feindschaft verdammt, sondern zumindest potentiell normale Nachbarn geworden. Dies korrespondierte mit den etwa zeitgleichen Überlegungen des Polskie Porozumienie Niepodeglosciowe, die ja noch weiter

gingen um in einer künftigen Vereinigung Deutschlands unter westlichem Vorzeichen gar den Schlüssel zur Souveränität und Demokratie in Polen zu sehen. Die Memoranda des PPN wurden in Polen vor 1980, wenn ich es richtig sehe, genauso wenig gelesen wie die Schriften Klaus Zernacks in der Bundesrepublik, der dem Leser über einen völlig anderen Weg ähnliche Perspektiven wie Stomma eröffnete. Mit der Entstehung der „Solidarnosc“ fiel die Mauer zwischen Vordenkern und Öffentlichkeit. Das neue bundesdeutsche Interesse an Polen bekräftigte zwar nicht die Aktualität, aber doch die Relevanz der vor 1980 angedachten Pfade in die Normalität. Und die völkerrechtliche Normalisierung der Beziehungen, wie sie 1989 bis 1991 vollzogen wurde, bestätigte sie nochmals: War es denn nicht alleine das Erbe Preußens, umgerechnet auf Wählerstimmen und obsoletere Rechtspositionen, das die zügige Neuordnung hinausgezögert hatte? Gab es nicht auf allen anderen Feldern weitgehenden Konsens, wo sogar Vertriebenenfunktionäre sich kaum noch sperrten? Die tatsächliche Normalität entlang der Oder würde sich schon einstellen, wenn das Netzwerk der Verflechtung zum Tragen kommt, wenn die Viadrina ihre ersten Absolventen in die Welt entläßt, wenn die Polen mehr als 30 DM monatlich verdienen; sie werde umso selbstverständlicher, je mehr sich die Menschen an eine Grenze gewöhnen, die nun nur noch zwei Staaten mit wesentlich deckungsgleichen Interessen trennt. Heute kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich diese Grenze in den 90er Jahren als durchlässiger und elastischer erwiesen hat als unsere Hirne.

Einige Jahre später ging von Polen der Versuch aus, die letzte Leiche im Keller der bilateralen Beziehungen würdig zu begraben. Die Aufarbeitung des Kapitels „Vertreibung“ ist uns, polnischen und deutschen Historikern, wie ich glaube, mustergültig gelungen. Meine Vorstellungskraft versagt, wenn ich mir auszumalen versuche, wo wir heute stünden, wenn es diesen Prozess der weitgehend gemeinsamen Erforschung dieser Vorgänge nicht gegeben hätte, wenn wir uns noch heute um Tatsachen streiten würden. Jedenfalls hatten wir Anfang dieses Jahrtausends jeden Grund zur Annahme, in der Normalität angelangt zu sein: die alltägliche Wirksamkeit eines dichten, unaufhaltsam wachsenden Netzes gegenseitiger Verflechtung stand gegen die scheinbar schwindende Bedeutung einer Geschichte, deren tragischstes Kapitel vor gut einem halben Jahrhundert geschrieben wurde und die nicht mehr als Schießpulver gegen den Anderen verwendbar schien. Gewiß, es gab auch Probleme: Eine in Arroganz umschlagende Ignoranz auf deutscher Seite ebenso wie auf polnischer Seite das offenbar unvergängliche Misstrauen, das gelegentlich in eine regelrechte Kultur der Verdächtigung umschlug; aber damit musste und konnte man leben, in der Hoffnung, dass der mainstream uns in die richtige Richtung treibt.

Soviel zu meiner Sicht der Dinge vor wenigen Jahren; dieser Optimismus ist mir in letzter Zeit gründlich vergangen.

Was haben wir also falsch gemacht - außer daß wir an die Geschichtsmächtigkeit fundamentaler geschichtlicher Prozesse geglaubt haben? Paradoxerweise scheint es, als ob einer der unzweifelhaften Fortschritte, die nach 1989 erzielt worden sind, gerade in diesem Zusammenhang genannt werden müßte. Es ist in den letzten 15 Jahren eine vielschichtige deutsch-polnische community entstanden, die es in der Vergangenheit in dieser Buntheit, Intensität und vor allem Zahl schlechthin nicht gegeben hat: Sie umfasst Personen des öffentlichen Lebens und engagierte Studenten, Journalisten und Politikberater, wohlmeinende Pensionäre und Lokalpolitiker. Wie ein jedes Netzwerk ist auch dieses nicht formalisiert, die Dichte variiert und das Eigeninteresse ist ebenfalls dem Einfluss der Lebensumstände ausgesetzt. Trotzdem: Es gibt Kreise von Personen, die beide Länder gut genug kennen, um nicht permanent in semantische Missverständnisse verwickelt zu werden, ein Sensorium entwickelt haben für die Befindlichkeiten des Partners; etwas pathetisch ausgedrückt, geht man in diesen amorphen Netzwerken von dem Bewusstsein aus, es gebe ein gemeinsames Anliegen der vernünftigen Menschen auf beiden Seiten der Oder, das gegenseitige Verhältnis in Richtung einer Normalität zu beeinflussen, die das Fortleben von Ignoranz und Ressentiments - nun: nicht ausschließt, ihnen aber - nach und nach die prägende Kraft nimmt. Diese communities haben in den letzten zwei Jahren, wie ich glaube, versagt, und zwar nicht, weil sie sich den neuen Herausforderungen nicht stellen wollten, sondern weil sie in beiden Ländern letztlich zu schwach sind. In Berlin ist die Übersetzungsfähigkeit, wenn ich es richtig sehe, parteipolitisch limitiert. Dass Frau Steinbach heute die in Polen bekannteste CDU-Politikerin ist, hat auch damit zu tun. In Polen sind es nicht die ohnehin unvergleichbar schwächeren Grenzen der parteipolitischen Milieus, die den Übersetzungskünsten trotzen; alle im Parlament vertretenen Parteien zeigen sich gleichermaßen der Argumentation unzugänglich, dass eine kooperative Haltung langfristig mehr verspricht als das Verharren in Schützengräben.

Ein zweites Defizit ist die auffallende Absenz der Grenzregionen in den gesamt-nationalen Debatten bzw. Standpunkten. In Polen scheint sich öffentliche Meinung westlich von Danzig, Posen und Breslau nicht mehr zu artikulieren, zumindest nicht aus der Sicht der zentralen Massenmedien. Eine Übersetzung der Ergebnisse der Volksabstimmung vom Juni 2003, als die westlichen Wojewodschaften sich deutlich europafreundlicher zeigten als der Landesdurchschnitt, ist in der deutsch-polnischen Debatte ausgeblieben. Ebenso auffallend ist die Abwesenheit der Ostdeutschen. Von prominenten Ausnahmen abgesehen, scheint man sich in den Bundesländern, die an Polen angrenzen, für den Nachbarn noch weniger zu interessieren als weiter westlich. In Jena stosse ich immer wieder auf Menschen, die als DDR-Bürger Polen besucht haben, ihre guten Erinnerungen betonen, auf Nachfrage aber zugeben, dass sie nach 1989 überall anders hingefahren sind, nur nicht Richtung Osten. Man ist mit sich selbst beschäftigt in den neuen Bundesländern. Polen gibt es irgendwo im

Hintergrund, manchmal in eher düsteren Zusammenhängen, manchmal als durchaus angenehme Erinnerung. Im Gespräch stellt sich dann oft genug heraus, dass der positive Mythos Polen vor 1989 zu einem Bestandteil des Gesamtkomplexes DDR gehört, in der eben nicht alles schlecht war – was die Kommunikation dann auch nicht gerade fördert. Manchmal ist es besser, nicht nachzufragen.

Alle drei Defizite freilich erklären den heutigen Zustand der Kommunikationslosigkeit nicht. Haben wir einander wirklich nicht mehr zu sagen als Reparationsforderungen aufzustellen oder Entschädigungsansprüche abzuwehren? In den bilateralen Beziehungen scheint weiterhin die Frage zu dominieren nach den angemessenen und wünschenswerten Folgen eines Krieges, den halbwegs bewußt nur noch die Ältesten in beiden Gesellschaften erlebt haben. Wie erklärt sich das?

Es gibt wohl drei Umstände, die sich zu diesem schwarzen Loch des Jahres 2004 summieren. Der erste ist die Suche beider Staaten nach ihrem Platz in Europa. Die Diskussionen um den Irak und die Europäische Verfassung betreffen nicht nur außenpolitische Strategien, sondern das nationalstaatliche Selbstverständnis schlechthin; sie stellen Fragen auf, die vor 1989 außerhalb des Horizonts lagen. Ob Deutschland mit seinem Streben nach einem Platz im Sicherheitsrat besser landen wird als Polen mit seiner Vorstellung von Sonderbeziehungen zu den USA, sei dahingestellt. Beide suchen sich jedenfalls im Augenblick die Schuhe aus, in denen sie die Zukunft betreten wollen, wobei das Verhältnis der Bekleidung zur wirklichen Größe des Fusses eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Sicherlich reflektiert wird hingegen eine unterschiedliche Einstellung zu Europa. In Deutschland scheint nach der Aufgabe der D-Mark, dem finalen Akt des Vertrauens in supranationale Konstruktionen, der Weg vorgezeichnet. In Polen fehlen zur Gewißheit nur noch die 30 bis 50 Jahre Erfolgsgeschichte im europäischen Rahmen. Ob allerdings nicht jene Warner recht behalten werden, die meinen, die Integration Europas habe am 1. Mai 2004 ihren Höhepunkt bereits überschritten? In einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, egal wie konzipiert, wäre Deutschlands prinzipielle Bereitschaft und Polens prinzipielles Zögern nur noch ein Grund mehr zur ständigen Entzweiung. Es ist schon fatal, dass wir vor 1989 einen Westen hatten und zwei Europa, heute hingegen ein Europa haben und zwei Westen. Dieser Satz von Bronislaw Geremek trifft den Punkt; einen Weg, diesen Punkt zu überwinden, hat man bisher weder in Berlin noch in Warschau gefunden.

Der zweite Umstand, der nun nicht zu Kontroversen führt, sondern eine tiefe und langanhaltende Kommunikationslosigkeit bewirkt, ist die gleichzeitige Umbruchsituation, die wiederum außer diesem allgemeinen gemeinsamen Nenner nur aus Unterschieden besteht und Unterschiede verstärkt. Die Auseinandersetzungen um „Leitkultur“ oder „IV. Republik“ versuchen bekanntlich gesellschaftliche Ansprüche mit dem nationalstaatlichen Rahmen in

Einklang zu bringen. Auf der einen Seite haben wir einen enormen Wohlstand und ein dominierendes Sicherheitsdenken, das seit Jahren Schreckensszenarien produziert, ohne daß diese bisher wirklich in die Realität Eingang gefunden hätten. Und im östlichen Teil des Landes den Vorwurf der Fremdbestimmung, der als eine binnennationale Perspektive im postkommunistischen Europa keine Entsprechung findet.

Auf der anderen Seite haben wir ein Land, in dem es erstmals wenig zu verlieren gab und wo seit jetzt 15 Jahren nahezu alltäglich die Karten neu gemischt werden, ebenfalls mit wechselnden Lebenschancen, dramatischen Einbrüchen – aber auch mit ebenso spektakulären Aufstiegsmöglichkeiten. Eine der aufschlußreichsten Lektüren, die ich dem 15. Jahrestag des 9. November verdanke, war die überaus sympathische Geschichte des Abiturjahrgangs 89 einer elitären Ostberliner Schule. Sie sind zurechtgekommen in und mit der neuen Wirklichkeit. Schon die erste, irgendwie besorgte und nachdenklich vorgetragene pointe des Beitrags wirkte jedoch seltsam fremd: Sie würden, schreibt die ehemalige Abiturientin, wohl nie mehr glauben können an Stabilität. Man reibt sich die Augen: Ist denn das nicht selbstverständlich für einen Ostmitteleuropäer? Kann eine Selbstverständlichkeit einem offenbar intelligenten Menschen als Erkenntnis gelten? Aber die nächste Bemerkung hat es noch mehr in sich: An dem Abend nach 15 Jahren, wo sich die heute 33-jährigen versammeln, ist keiner beliebter als jener Mitschüler, der sich beruflich mit Lebensversicherungen befaßt.

Vielleicht fehlt mir nur die Phantasie, um mir eine ähnliche gesellschaftliche Konstellation bei einem Jahrgangstreffen junger Leute in Warschau vorzustellen. Vielleicht handelt es sich nur um eine *licencia poetica* der Verfasserin. Vielleicht bilden aber unterschiedliche Mentalitäten, sie sich als Antwort auf ähnliche Herausforderungen bestätigen bzw. fortentwickeln, kaum überwindbare Hürden für die Dialogfähigkeit auf Gebieten, die mit diesen Herausforderungen eigentlich nichts zu tun haben.

Offenbar – und dies wäre die dritte Grube - ticken wir anders auch im Hinblick auf unsere jeweiligen Geschichten. Um ein potentiell Mißverständnis auszuräumen: Die Vorstellung, östlich von Deutschland würde man Kontroverses unter den Teppich kehren und dann behaupten, es gebe ja gar keinen Teppich; und wenn, dann hätten ihn die Kommunisten längst gestohlen – dieses Bild von Esterhazy ist ebenso schön wie falsch. In Polen gibt es seit den frühen 1990er Jahren geschichtliche und geschichtspolitische Debatten, die lediglich vor dem Hintergrund des deutsche Sonderwegs im Umgang mit dem DDR-Erbe defizitär erscheinen mögen: Jedwabne, die „Vertreibung“ und Bromberg sind nur die bekanntesten Streitgegenstände. Was es nicht gibt und was bekanntlich nur von einem Teil der Öffentlichkeit als erstrebenswertes Ziel beschrieben wird, ist die Dekommunisierung - verbunden mit der Vorstellung, mittels einer mechanischen Selektion die Urquelle der aktuellen Mißstände auszutrocknen. Polens Variante der Auseinandersetzung mit dem

Kommunismus findet nicht auf einem anderen Mond statt. Von der DIN ist sie gewiß nicht weiter entfernt als andere ostmitteleuropäische Spielarten; und diese Feststellung sollte nicht als Entschuldigung verstanden werden.

Was es ebenfalls nicht gibt, sind belletrisierte Familiengeschichten als Schlüssel zum Verständnis der Nationalgeschichte. Und hier hören wir eine Uhr, die nicht anders tickt, sondern schlicht eine andere Zeit berechnet. Den Satz „Mein Opa war kein Kommunist“ werden wir in Polen noch lange nicht lesen, weil die Enkel, die dies vielleicht eines Tages behaupten werden, heute noch mit Opa im Garten spielen. Für die Geschichte des Bruders, der zu den „Organen“ gegangen ist und dort man – weiss - nicht – genau - was getan hat, ist ebenfalls noch Zeit, wenn man sich erst 15 Jahre vom Ausgangspunkt entfernt befindet.

Solche Unterschiede kommen vor, nicht nur zwischen Nachbarn. That happens, lautet der refrain eines Bestsellers der frühen 1970er, in dem ein US-Amerikaner den Untergang Dresdens beschrieben hat. Der Roman war so pazifistisch, dass er auch in Volkspolen veröffentlicht und prompt zu einem Kultbuch wurde, das „Schlachthaus Nr 5“ war in meiner Generation ein ebenso geflügeltes Wort wie „Catch 22“. Niemand hat sich damals daran gestört, dass bei Vonnegut die Deutschen die Opfer waren.

Heute sind es aber nicht Amerikaner, die sich den Opfern zuwenden. Die von Deutschen vorgenommene Umcodierung der NS-Geschichte, die neue Zeitmessung, in der Bombenkriegsopfer und sonstige Zivilpersonen zu Maßeinheiten werden, verwundert und entfremdet die Polen, läßt den uralten und seinerzeit gut begründeten Verdacht hochkommen, irgendwie mogeln sich die Deutschen raus aus der Verantwortung – jene Deutschen, die bis vor kurzem den Aufstand im Warschauer Ghetto mit dem von 1944 zu verwechseln pflegten. Es ist also eine authentische, ernste, Generationen übergreifende Diskussion der Bundesrepublikaner, die auf den Nährboden eines tief verwurzelten Antigermanismus fällt, dort mit einer durchaus berechtigten Anklage gegen die Ignoranz des Nachbarn eine Symbiose eingeht – und in Gestalt von parlamentarischen Reparationsforderungen zurückschlägt. Dass sich dabei ausgerechnet ein polnischsprachiges Blatt eines deutschen Pressekonzerns führend an der Stimmungsmache gegen Deutschland beteiligt – um es diplomatisch zu formulieren – gehört dann zu jenen Anomien der Wirklichkeit, wo auch Menschen mit Sinn für schwarzen Humor nicht mehr mitkommen.

Es gibt keinen Lift, der uns aus diesem schwarzen Loch elegant und geräuschlos nach oben befördert. In Sichtweite ist nur der steile, schmale Weg, den schon die Generation vor uns gegangen ist: kennen lernen und zuhören, auf den anderen zugehen, die tausendfachen Beziehungen fördern, die sich auf verschiedenen Ebenen etabliert haben. Aber wir werden auch in der Zukunft mit dem Mißverständnis als Grundlage der Kommunikation leben müssen und mit der Asymmetrie als Prinzip der sachbezogenen Beziehungen.

Nur unverbesserliche Optimisten wie der heute von Ihnen ausgezeichnete mögen da den Glauben bewahren, dass wir tatsächlich eines Tages in der Normalität ankommen. Oder vielleicht gibt es noch immer mehr, die so denken?